

Rechtsextreme Gedanken breiten sich aus

Studie: Jeder sechste Ostdeutsche hat antidemokratische Einstellung, jeder zehnte Deutsche denkt antisemitisch

Antidemokratische Einstellungen sind in Deutschland weit verbreitet: Nach einer Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung haben neun Prozent der Bundesbürger ein rechtsextremes Weltbild. Besonders alarmierend ist die Entwicklung in Ostdeutschland.

VON ANDREA TIEDEMANN

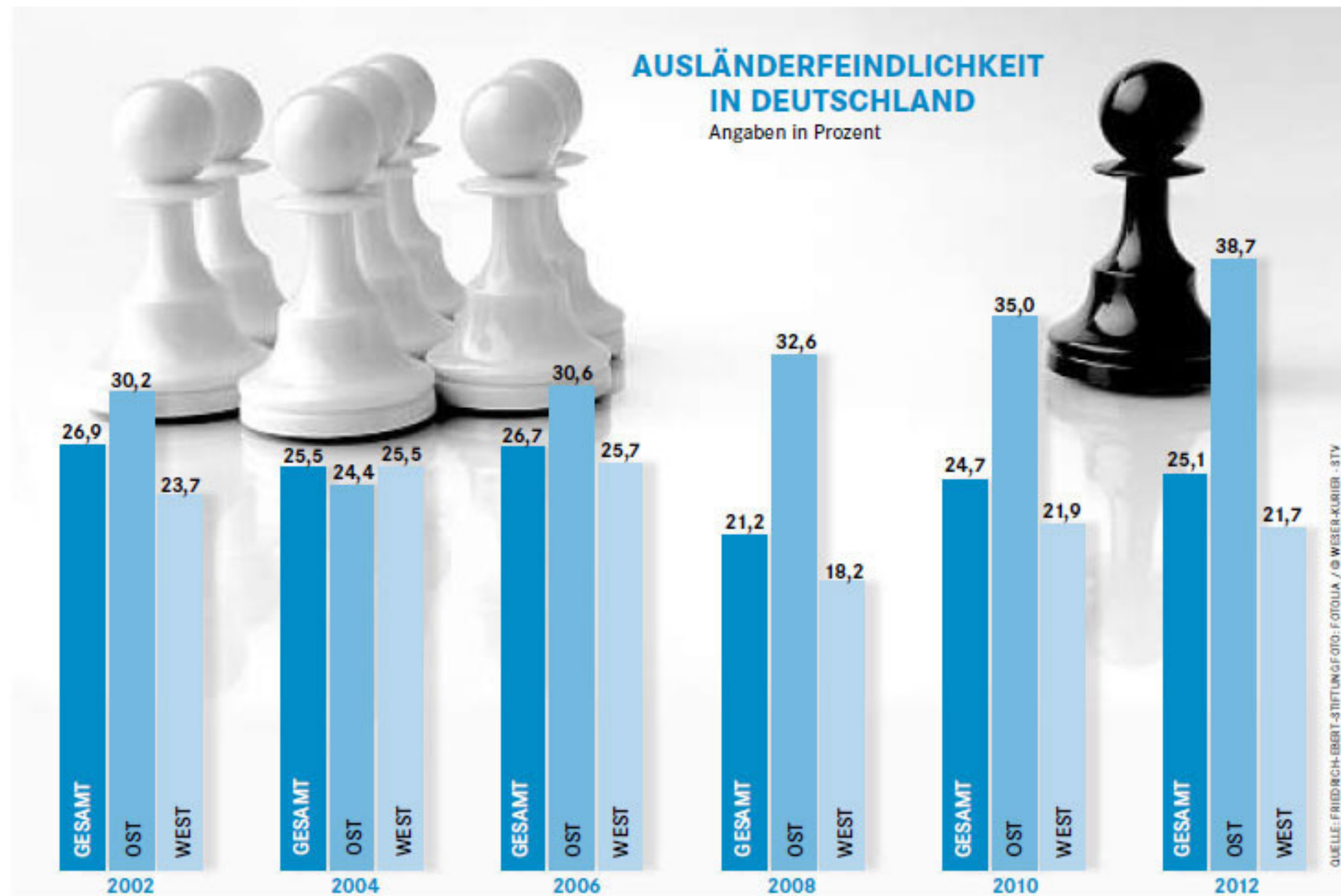
Berlin-Bremen. Viele Menschen in Deutschland haben rechtsextreme Einstellungen. Die SPD-nahe Friedrich-Ebert-Stiftung hat in einer repräsentativen Erhebung etwa 2500 Bürger zu ihren Überzeugungen befragt. Das Ergebnis: Rund neun Prozent teilen rechtsextremes Gedankengut. Während die Zahl der antidemokratisch eingestellten Menschen im Westen Deutschlands in den letzten zwei Jahren leicht zurückgegangen ist, ist sie in Ostdeutschland stark angestiegen: Knapp 16 Prozent haben ein rechtsextremes Weltbild. Im Vergleich zu 2006 hat sich die Zahl dort mehr als verdoppelt. In Westdeutschland denken 7,3 Prozent rechtsextrem.

Bei den 14- bis 30-Jährigen wiesen die Ostdeutschen anders als in früheren Befragungen bei der Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur oder der Verharmlosung des Nationalsozialismus inzwischen sogar höhere Werte auf als bei den über 60-Jährigen. Die Autoren der Studie vermuten, dass Strukturprobleme Ursache für die hohen Werte im Osten sind. Verstärkend komme „das Gefühl einer Generation, nicht gebraucht zu werden“, hinzu.

Sie warnen jedoch davor, rechtsextreme Tendenzen als reine Ost-Problematik abzutun. Die derzeit bundesweit etwa 1000 „Autonomen Nationalisten“ beispielsweise seien vor allem in Westdeutschland, besonders im Ruhrgebiet und im Rheinland, aktiv. Generell sei zu beobachten, dass Stadtstaaten besser abgeschnitten als ländlich geprägte, weniger industrialisierte Flächenstaaten.

Jeder Vierte ist ausländerfeindlich

Häufigste Form der rechtsextremen Gedanken ist die Ausländerfeindlichkeit: Jeder vierte Deutsche ist laut Studie davon betroffen. Der Aussage „Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen“, stimmten mehr als 14 Prozent voll zu. Und ebenso viele glauben, dass „die Bundesrepublik durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet“ ist. Während es immer weniger Men-



schen gibt, die sich für eine rechtsautoritäre Diktatur aussprechen – die Zahl hat sich im Vergleich zu 2002 etwa halbiert –, ist die Überzeugung, als Deutscher einer überlegenen Nation anzugehören, bei knapp 20 Prozent vorhanden. So stimmten mehr als 27 Prozent folgender Aussage zu: „Das oberste Ziel deutscher Politik sollte es sein, Deutschland die Macht und Geltung zu verschaffen, die ihm zusteht.“

Rund zehn Prozent der Deutschen sind antisemitisch eingestellt. Fast jeder Dritte stimmte der Aussage, „die Juden nutzen die Erinnerung an den Holocaust heute für ihren eigenen Vorteil aus“, zu. Besonders in der Altersgruppe der 65- bis 74-Jährigen gibt es antijüdische Weltanschauungen.

Als Schutzfaktor gegen extreme Einstellungen sehen die Verfasser zum einen gute

Bildung: Personen mit Abitur neigten deutlich seltener zu radikalem Denken. Besonders ausländerfeindlich verhalten sich laut Studie Arbeitslose. Auch der fehlende Kontakt zu Menschen mit Migrationshintergrund beeinflusst das Denken: Ausländerfeindlichkeit sei in Gebieten besonders hoch, in denen keine Migranten lebten.

Die Verfasser halten ein Gegensteuern auf allen gesellschaftlichen Ebenen für „längst überfällig“. Der Sozialpädagoge Dennis Rosenbaum vom Verein zur Förderung akzeptierender Jugendarbeit in Bremen arbeitet seit zehn Jahren mit rechts orientierten Jugendlichen. Er beobachtet radikale Tendenzen sowohl im unteren als auch im oberen Bildungsbereich. „Jugendliche aus der bürgerlichen Schicht tragen eher eine Arroganz vor sich her“, sagt er.

Um rechtsextremen Gedanken Alternativen gegenüberzustellen, organisiert er freiwillige Treffen zwischen rechts eingestellten Jugendlichen und Jugendlichen, die einen Migrationshintergrund haben. „Sie sollen miteinander in Berührung kommen.“ Bei den Politikern hingegen ist das Thema Extremismusabwehr dieser Tage zum Zankapfel geworden. Hintergrund ist, dass Innenminister Hans-Peter Friedrich am kommenden Donnerstag in Köln ein Abwehrzentrum gegen Extremismus eröffnen möchte. Das war erst vergangenen Freitag bekannt geworden, einige Länderkollegen hatten ihren Unmut über den Alleingang Friedrichs geäußert. Nordrhein-Westfalens Ressortchef Ralf Jäger sagte: „Es ist ein Irrtum, wenn Friedrich meint, er könne den Ländern einseitig die Regeln diktieren.“